BLAUER RUNDBRIEF – KW 44/2026

AfD-Kreisverband Bautzen

Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen 4

Volksantrag gegen Windkraftausbau 4

Heimatverliebt? Dann machen Sie mit und werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland! 4

Nachrichten von und mit Karsten Hilse 5

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026 5

Neues von unseren Landtagsabgeordneten 6

50.000 PFLEGEHELFERN DROHT DIE ENTLASSUNG! 6

Bislang keine Täterermittlung bei linken Brandanschlägen in Ostsachsen 7

Regionalgruppe Bautzen 8

Aktion zur Mitgliedergewinnung 8

Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen 9

Druckausgabe Blaue Post Bautzen 10

Archiv Blauer Rundbrief 10

Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag 10

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag 10

Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 25.10.2026 11

Die Sonntagskolumne im Audio-Format 13

PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.10.2026 13

Haushalt: Kretschmers Pakt mit Grünen und Linken schadet Sachsen! 13

Nächste Rüstungsfabrik in Leipzig? Keine Raketen für die Ukraine! 13

PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.10.2026 14

AfD-Fraktion trifft in Prag tschechische Minister 14

AfD-Antrag: Gib Zensur keine Chance – Digitalen Medienstaatsvertrag ablehnen! 15

PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.10.2026 15

Nicht nur Stromsteuer senken, sondern CO2-Abgabe komplett streichen! 15
CDU soll AfD nicht mehr grüßen: Grüne sind eine totalitäre Bande! 16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.10.2026 16
»Sächsische Separatisten«: Öffentliche Vorverurteilung widerlegt! 16
Syrischer Clan-Chef mit 3 Ehefrauen und 32 Kindern kassiert 100.000 € Kindergeld! 17
Geburtskliniken retten statt neue Gesprächskreise: Sachsen braucht eine familienfreundliche Politik! 17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.10.2026 18
Wir ziehen zum Wohle des Landes gemeinsam an einem Strang! 18
AfD wird BSW-Friedensantrag zustimmen! Russland-Sanktionen beenden! 18
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 19
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland 19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 19
Positionspapier „So retten wir Deutschland“ 19
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken 20
Links demonstriert gegen die Folgen linker Politik 20
Die Doppelmoral des Altbundespräsidenten 20
25.000 Euro für Grönemeyer 21
Über 14.000 Abschiebungen gescheitert 21
Skandal in Sachsen-Anhalt 22
Clan-Krieg in der Heimat austragen 22
Verlässliche Verkehrswege für Bürger und Wirtschaft 23
Ausländerwahlrecht in Berlin verhindern 24
Täter bestrafen, statt absurde Verhaltenstipps 24
31. Oktober: Bürgerkrieg mit Ansage 25
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt 25
AfD-Politiker wegen dieses Plakats jetzt rechtskräftig vorbestraft 25
„Die Revolution frisst ihre Kinder“: AfD attackiert Eralp nach Interview-Enthüllung 25
Gauck: Rot-Grün-Rot in Berlin durch Wählervotum vorgegeben 25
SPD-Abgeordnete verlangt: Merz soll CDU-Fraktion persönlich von Siegmund-Wahl abhalten 26
Schwerer Vorwurf gegen Sven Schulze: CDU-Abgeordnete sollten eidesstattliche Versicherung unterschreiben 26
Wegen dieses Siegmund-Videos verlässt CSU-Stadtrat seinen Ortsverband 26

AfD und BSW wollen neuen Medienstaatsvertrag kippen 26
Trump will Orban zum UNO-Chef machen 26
Video-Empfehlungen 26
Informationskanäle der AfD....26
Unabhängige Medien 26
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen 26
Radio Klartext....27
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft 27
NIUS – Die Stimme der Mehrheit 27
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung....27
Deutschland-Kurier....27
Apollo News 27
{ungeskriptet} by Ben 27
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen 27
Regionalgruppen im KV Bautzen 29
SPENDENKONTO....29
KONTAKT:....29

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Volksantrag gegen Windkraftausbau
#stoppmal



Mit **https://volksantrag.org/** zum sächsischen Windkraftmoratorium!

Wir als Kreisverband Bautzen unterstützen diesen Antrag und sammeln Unterschriften in unseren Bürgerbüros in Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz und Königsbrück!

Kommen Sie vorbei und helfen sie uns dabei, 40.000 Unterschriften zu sammeln!

BAUTZEN, Postplatz 1
HOYERSWERDA, Spremberger Str. 11
HOYERSWERDA, Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7
KAMENZ, Klosterstr. 4
KÖNIGSBRÜCK, Weißbacher Str. 23

Heimatverliebt?
Dann machen Sie mit und werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland!



https://www.afd.de/mitglied-werden/

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026



Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Termine 2026:

Die Termine für 2026 sind restlos ausgebucht.

Für 2027 wird es nach derzeitigem Stand vorerst nur eine Fahrt im ersten Halbjahr geben. Den genauen Termin geben wir im Januar 2027 bekannt, danach nehmen wir gern Ihre Anmeldung entgegen.

Anmeldung:
Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:** karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

Neues von unseren Landtagsabgeordneten

50.000 PFLEGEHELFERN DROHT DIE ENTLASSUNG!
Pflege stärken statt Kahlschlagpolitik!



Bisher wurden diese Unterstützungsleistungen über den Entlastungsbetrag von 131 Euro monatlich finanziert. Der Pflegeverband bpa warnt: Durch die geplante Reform könnten bundesweit mehr als 50.000 Hauswirtschaftskräfte ihre Arbeit verlieren.

Unsere AfD fordert eine Pflegeoffensive:

- Versicherungsfremde Leistungen vollständig aus dem Bundeshaushalt finanzieren!

- Bürokratie abbauen und Dokumentationspflichten reduzieren!

- Kranken- und Pflegeversicherung zusammenführen!

- Häusliche Pflege durch Angehörige finanziell aufwerten!

- Ambulante Angebote und Kurzzeitpflege ausbauen, damit Angehörige bei Krankheit oder Urlaub entlastet werden!

- Generalistische Pflegeausbildung abschaffen und zu getrennten, spezialisierten Ausbildungswegen zurückkehren!

Pflegebedürftige brauchen Unterstützung. Angehörige brauchen Entlastung. Pflegekräfte brauchen sichere Arbeitsplätze.

Doreen Schwietzer, MdL
27. Oktober 2026

Quellen zum Thema: Bild und AfD-Initiativen:

Deutscher Bundestag ▪ Drs. 21/8553 – Pflegeversicherung strukturell reformieren und Familien entlasten.

▪ Drs. 21/1549 – Pflege zukunftssicher machen.

▪ Drs. 21/8463 – Auswirkungen der Pflegereform auf die häusliche Versorgung.

Sächsischer Landtag ▪ Drs. 7/12830 – Häusliche Pflege. ▪ Drs. 7/5242 – Angehörigenpflege stärken. ▪ Drs. 7/1513 – Weiterqualifizierung von Pflegehelfern. ▪ Drs. 7/12831 – Finanzierung der medizinischen Behandlungspflege.

Sächsischer Landtag – Drucksachensuche: https://edas.landtag.sachsen.de/

Bislang keine Täterermittlung bei linken Brandanschlägen in Ostsachsen

Der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel fragte die Staatsregierung abermals zum Ermittlungsstand zum Brandanschlag auf den Jugendclub Göda aus 2024 und den Brandanschlägen auf die Fahrzeuge der Firma Hentschke Bau aus Bautzen an. Laut Staatsregierung konnten bis heute „keine tatverdächtigen Personen ermittelt werden“ und „die Ermittlungen gegen Unbekannt dauern an“.



Dazu erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:

„Seit Jahren beschwichtigt Sachsens Innenminister Schuster und kann keinen Ermittlungserfolg vorweisen. Das ist ein Armutszeugnis für den Minister.

Die Antwort ist vollkommen inakzeptabel und eine Bankrotterklärung gegenüber Linksextremismus in Sachsen. Der Staat ist nicht mehr in der Lage, dass Eigentum seiner Bürger zu schützen und Täter zu ermitteln. Zumal die Staatsregierung in vorherigen Antworten selbst erklärt, dass es sich um politisch links motivierte Brandstiftungen handelt und somit der Täterkreis bereits definiert ist.

Ich erwarte, dass diese Erfolglosigkeit und Ermittlungsunfähigkeit politische Konsequenzen haben muss. Wer linksextremistische Straftäter nicht ermitteln kann oder will, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, seiner Aufgabe als Innenminister nicht gewachsen zu sein und politisch versagt zu haben. Ich persönlich würde den Rücktritt des Ministers begrüßen.“

Kleine Anfrage: Drs.: 8/7838
https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=7838&dok_art=Drs&leg_per=8&pos_dok=1&dok_id=undefined

Frank Peschel, MdL
29. Oktober 2026
https://afdsachsen.de/bislang-keine-taeterermittlung-bei-linken-brandanschlaegen-in-ostsachsen/

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung
Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.
Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	07.11.2026	9.oo-12.oo Uhr	Friedhofsparkplatz 01477 Arnsdorf	INFOSTAND der Regionalgruppe Kamenz
Sa	14.11.2026	10.oo-12.oo Uhr	Mehrzweckfläche am Lausitzcenter Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Do	26.11.2026	18.3o Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH der Regionalgruppe Bautzen
Mo	30.11.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	01.12.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	01.12.2026	19.oo Uhr	Sachsenkrone Ohorn Poststr. 1 01896 Ohorn	FRAKTION VOR ORT mit den MdB´s Karsten Hilse, Matthias Weiser und René Bochmann
Mi	02.12.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Fr	04.12.2026	15.oo-18.oo Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	WEIHNACHTSKAFFEE-FRAUENTREFF mit Doreen Schwietzer, MdL
Sa	19.12.2026	10.oo-12.oo Uhr	Mehrzweckfläche am Lausitzcenter Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.
Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:
https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:
https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/

Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag
Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!
Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 25.10.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,



westlich des Rhein ziehen dunkle Wolken auf. Ein Unwetter braut sich zusammen, das großes Unheil über die Länder Europas bringen kann.

Damit meine ich heute nicht die aufkommende Euro-Krise 2.0 – angesichts des gewaltigen französischen Schuldenbergs von 3,6 Billionen Euro.
Ich meine den – unter dem Deckmantel vermeintlicher Schülerproteste – aufziehenden Bürgerkrieg in Frankreichs Städten.

Frankreich steht in Flammen. Doch das hält die linken Gewerkschaften des Landes nicht davon ab, für den 5.11. erneut zu einem Aktionstag „Gegen das teure Leben“ aufzurufen. Einen Tag, der besonders teuer für weitere tausende Ladenbesitzer, Restaurantbetreiber, Dienstleistungsgeschäfte werden könnte – bis hin zur Zerstörung ihres Lebenswerks, wie es bereits am 17./18. Oktober geschah.

Erst Frankreich, dann Belgien, Italien, Albanien, Portugal – und bald könnte es auch in Deutschland so weit sein. Der Funke ist am Überspringen. Straßenschlachten, Zerstörung und Plünderungen drohen nun auch in deutschen Städten.

Denn nichts anderes als das verbirgt sich hinter dem Aufruf „Streiken wie in Frankreich“ der Initiative „GEN Z regelt das“.

Nachdem am vergangenen Wochenende ein migrantisch-linksextremistischer Mob seine Spur der Verwüstung durch Frankreichs Städte zog, möchte das linke politische Lager nun offenbar auch Deutschlands Metropolen in ein Schlacht- und Trümmerfeld verwandeln.
Die linke Mobilisierungswelle soll am 31.10. – also heute ab 16 Uhr – über mehrere deutsche Großstädte rollen. Auch Leipzig hat man im Visier.

Linken-Chefin Ines Schwerdtner gibt sich begeistert. Zitat: “Frankreich macht Hoffnung“ und zeige, wie „Widerstand“ geht. Scheinbar wünscht sie sich Krawalle, wie alljährlich zum 1. Mai in Berlin, nun flächendeckend für ganz Deutschland.

„Widerstand wie in Frankreich“, das bedeutet neben beispielloser Gewalt eben auch: Blanker Hass auf alles Westliche, auf Kirchen, auf Denkmäler, auf Einheimische, auf unverschleierte Frauen, auf Juden.

Bei der deutschen Polizei herrscht nun Alarmstimmung. Wenn es nicht gelingt, die Unruhen im Keim zu ersticken, dann befürchtet Polizeigewerkschafter Manual Ostermann tagelange Ausschreitungen.

Bei der Berichterstattung über den beispiellosen Gewaltausbruch in Frankreich zog das Zwangsgebührenkartell von ARD, ZDF und Deutschlandfunk (DLF) wieder alle Register zur Desinformation, Verwirrung und Irreführung seines deutschen Publikums.

Mal sah man dort die Ursache für die Ausschreitungen in der sommerlichen Hitze in den Schulen (also im „menschengemachten Klimawandel"), ein anderes Mal war das im Frühjahr verhängte Handyverbot an Gymnasien die Ursache.

In klassischer Manier der Täter-Opfer-Umkehr wurden Plünderer zu Opfern (v)erklärt. Trotz unzähliger wehender Palästinenserflaggen als Hauptsymbol der Demonstrationen verschwieg man das islamistische Potenzial hinter den Ausschreitungen.

Michel Houllebecq, der Autor des Romans „Unterwerfung" lässt grüßen.

DLF-Reporter Stephan Detjen zog sogar schwärmerische Vergleiche zur Revolution von 1789 – dem Gründungsimpuls für die französische Demokratie.

Und „Der Spiegel", das Sturmgeschütz der regierungstreuen Printmedien, konnte bei den „Schülerprotesten" natürlich ausdrücklich keinen Zusammenhang mit der Migration erkennen.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass – laut Statistik des französischen Innenministeriums – 90% der 2.400 Festgenommenen älter als 18 Jahre waren.
Das sind keine Schüler. Das sind militante Linksextreme, die gezielt Polizisten angriffen und junge, teilweise auch illegal eingereiste Migranten, die sich besonders bei den Plünderungen hervortaten. Augenzeugen sprachen dabei von einer Dominanz des migrantischen Milieus.

Die seitens der französischen Regierung mit großem Getöse angekündigten Schnellurteile offenbaren auch gleich sowohl die Hilflosigkeit als auch Linkslastigkeit der dortigen Justiz: kaum Gefängnisstrafen, keine Ausweisungen ausländischer Straftäter.

Solche Urteile schicken ein fatales Zeichen in die Welt:
Kommt hierher, kommt illegal ins Land, brandschatzt, nehmt euch, was ihr wollt – es gibt keine Abschiebungen, kein Gefängnis. Zur Belohnung gibt es sogar lebenslang – Sozialhilfe.

Und wenn Ihr nach Berlin kommt – dann dürft Ihr nach fünf Jahre wählen und gewählt werden, den deutschen Pass gibt es per Mausklick dazu. So schafft sich die Linke ihr eigenes Wahlvolk.

Apropos Berlin:

In unserer Hauptstadt schicken sich die Kommunisten von dunkelrot bis grün nun an, die Macht zu übernehmen.
Sarkastisch könnte man sagen: In Frankreich brennen Linksradikale die Rathäuser ab – in Berlin ziehen sie ins Rote Rathaus ein.

Liebe Leser,
US-Außenminister Marco Rubio sagte in seiner symbolträchtigen Rede Anfang Oktober in Athen; „Wir glauben, dass Europa aus seinem Schlummer erwachen kann".
Dazu ist allerhöchste Zeit! Das Menetekel Frankreich muss ein Weckruf für Deutschland sein!

> Reißt die Brandmauer ein, die den Linken die Macht sichert!

> Nutzen wir die bürgerlichen Mehrheiten im Bundestag und in den Landtagen!

> Schluss mit der Masseneinwanderung einer mörderischen islamistischen Ideologie!

> Schluss mit der Verharmlosung und Förderung linker Extremisten!

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine der wichtigsten Pflichten des Staates gegenüber den Bürgern.

Schaffen wir diese Sicherheit, indem Politik, Polizei und Justiz gemeinsam, jeder Form von Gewalt mit aller Härte und Konsequenz entgegentreten!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban
https://afd-fraktion-sachsen.de/menetekel-frankreich-weckruf-fuer-deutschland/

Die Sonntagskolumne im Audio-Format
Nur auf Telegram: https://t.me/joergurbansachsen

PRESSEMITTEILUNGEN vom 26.10.2026

Haushalt: Kretschmers Pakt mit Grünen und Linken schadet Sachsen!
Die sächsische Minderheitsregierung aus CDU und SPD will mit Grünen und Linken den nächsten Haushalt beschließen.



Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer hat nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Erneut verteilt die CDU Geschenke an gleich drei linke Parteien, um mit Hängen und Würgen eine Mehrheit zusammenzubekommen.

Das ist eine schlechte Nachricht für alle sächsischen Bürger und Unternehmen, denn sie müssen die linken Ideologieprojekte letztendlich über ihre Steuern bezahlen.

Die AfD spricht sich gegen neue Schulden aus. Das ist bei Rekordsteuereinnahmen möglich, wenn die Geldverschwendung für die aufgeblähte Verwaltung, für Asyl, Klima und sonstige Ideologieprojekte konsequent beendet wird.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/haushalt-kretschmers-pakt-mit-gruenen-und-linken-schadet-sachsen/

Nächste Rüstungsfabrik in Leipzig? Keine Raketen für die Ukraine!
Laut Medienberichten will nach dem US-Rüstungsunternehmen Covenant auch das Düsseldorfer Start-up „Falk Defence“ in Leipzig eine Raketenfabrik eröffnen. Die Ukraine wird als möglicher Abnehmer der Raketen genannt.

Dazu erklärt der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner:



„Mit deutschen Steuergeldern und deutschen Schulden Raketen für die Ukraine zu produzieren, ist der reinste Irrsinn. Eine solche Politik verlängert den Krieg und damit auch das sinnlose Sterben tausender Menschen. Statt immer neue Rüstungsfabriken brauchen wir diplomatische Friedensinitiativen.

Hinzu kommt: Der Plan der Regierung, mit der Ansiedlung der Rüstungsindustrie das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, ist äußerst kurzsichtig und noch dazu gefährlich. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) weist in einer aktuellen Studie nach, dass dieser Plan die Staatsverschuldung explodieren lässt, während 2029 durch Rüstung lediglich ein zusätzliches Wachstum von 0,04 Prozent zu erwarten ist. Einfacher ausgedrückt: Der kurzfristige Wachstumseffekt verpufft, während die Zinskosten durch die Decke schießen.

Leipzig macht sich zudem selbst zum Angriffsziel, wenn eine Rüstungsfabrik nach der anderen eröffnet werden sollte.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/naechste-ruestungsfabrik-in-leipzig-keine-raketen-fuer-die-ukraine/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 27.10.2026

AfD-Fraktion trifft in Prag tschechische Minister

Bereits zum zweiten Mal im Jahr 2026 hat eine Delegation der sächsischen AfD-Fraktion am 27. Oktober Gespräche mit Vertretern der tschechischen Regierung geführt.



Auf der Tagesordnung standen Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten Tomio Okamura, dem Verkehrsminister Ivan Bednarik, dem Verteidigungsminister Jaromir Zuna, dem ehemaligen Staatspräsidenten Vaclav Klaus sowie weiteren hochrangigen Regierungsvertretern.

Von der AfD-Fraktion nahmen an der Reise teil: Jörg Urban (Fraktionsvorsitzender), Jan Zwerg (parlamentarischer Geschäftsführer), André Wendt, Alexander Wiesner, Roman Golombek und Frank Peschel.

Zudem waren die AfD-Bundestagsabgeordneten René Bochmann und Mathias Weiser sowie der AfD-Europa-Abgeordnete Siegbert Droese mit dabei. Die AfD wird sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, die Infrastruktur zwischen Sachsen und Tschechien zügig auszubauen. Zudem streben wir eine Energie-Partnerschaft an, da die tschechische Regierung auf Kernkraft setzt.

Berichterstattung in der tschechischen Presse: https://www.centrum.cz/clanek/cerveny-koberec-pro-afd-v-praze-schuzky-ma-mit-na-obrane-financich-i-u-klause-330042?lp=1

https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-fraktion-trifft-in-prag-tschechische-minister/

AfD-Antrag: Gib Zensur keine Chance – Digitalen Medienstaatsvertrag ablehnen!
Die sächsische AfD-Fraktion bringt in der nächsten Plenarwoche einen Prioritätenantrag (Drs. 8/8728) ein, der die Regierung auffordert, den sogenannten „Digitalen Medienstaatsvertrag“ abzulehnen.



Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Torsten Gahler:

„Der Digitale Medienstaatsvertrag soll die Landesmedienanstalten zu einer anlasslosen Überwachung von Inhalten und Plattformen mittels Künstlicher Intelligenz ermächtigen. Das klingt nicht nur nach Orwells 1984. Es ist die traurige Verwirklichung dieser Dystopie.

Erschreckend finde ich vor allem, dass anscheinend bereits eine Weiterentwicklung der offiziell vorliegenden Pläne vorliegt. Der Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Thorsten Schmiege, hat durchblicken lassen, dass er angebliche Qualitätsmedien in sozialen Netzwerken im Vergleich zu Alternativmedien bevorzugt sehen möchte (Public Value-Prinzip).

Das läuft auf eine schleichende Zensur für die Junge Freiheit, Tichys Einblick, Apollo News und NIUS hinaus, während ARD und ZDF prominent platziert werden sollen.

Wir sehen darin eine Verletzung der Staatsferne, zu der die Landesmedienanstalten verpflichtet sind. Die sächsische Regierung muss deshalb sowohl den Digitalen Medienstaatsvertrag als auch alle weitergehenden, bisher geheim gehaltenen Pläne ablehnen.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-gib-zensur-keine-chance-digitalen-medienstaatsvertrag-ablehnen/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.10.2026

Nicht nur Stromsteuer senken, sondern CO2-Abgabe komplett streichen!



Zur Forderung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, die Stromsteuer zu senken, erklärt der energiepolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Jan Zwerg:

„Die CDU hat in ihrem Koalitionsvertrag die Senkung der Stromsteuer versprochen und bis heute nicht geliefert. Sich jetzt hinzustellen und die Senkung der Stromsteuer als neue Idee zu verkaufen, ist von Ministerpräsident Michael Kretschmer schon besonders dreist und irreführend, denn sowohl im Bundestag als auch im Landtag gibt es für solche Maßnahmen zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen jederzeit Mehrheiten.

Die Senkung der Stromsteuer ist jedoch bei weitem nicht ausreichend. Deshalb beantragt die AfD im nächsten Plenum die Abschaffung der CO2-Abgabe (8/8181), damit Tanken und Heizen deutlich günstiger werden.

Es kann doch nicht sein, dass in unseren Nachbarländern das Tanken 70 Cent pro Liter günstiger ist und die regierende CDU weiterschläft.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/nicht-nur-stromsteuer-senken-sondern-co2-abgabe-komplett-streichen/

CDU soll AfD nicht mehr grüßen: Grüne sind eine totalitäre Bande!

Um dem Haushalt zuzustimmen, sollen Grüne und Linke nicht nur 300 Millionen Euro an Geschenken von der CDU bekommen. Total irre! Die Grünen fordern in den Haushaltsverhandlungen auch eine „Umgangssperre der CDU mit der AfD“, berichtet die „Ostdeutsche Allgemeine Zeitung“.



„Auf den Landtagsfluren sollte den Abgeordneten der AfD sogar ein ‚Guten Morgen‘ oder ein ‚Guten Tag‘ durch CDU-Mitglieder verweigert werden.“ Bisher begehrt gegen diese totalitäre Forderung nur einer von 41 CDU-Abgeordneten auf, der darin einen „klaren Verstoß gegen unser Grundgesetz“ sieht.

Nach „Kauft nicht bei …“ heißt es nun also von den Grünen „Grüßt nicht …“, um die Kretschmer-Partei gefügig zu machen. Das Schlimme daran: Die CDU lädt die Grünen regelrecht zu einer solchen Übergriffigkeit ein, weil sie sich an die Grünen und Linken gekettet hat.

Um eins klar zu machen: Sowohl AfD-Abgeordnete als auch unsere Mitarbeiter grüßen ALLE anderen Abgeordneten und Angestellten im Landtag – auch den Hausmeister und die Putzfrau!
https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-soll-afd-nicht-mehr-gruessen-gruene-sind-eine-totalitaere-bande/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.10.2026



»Sächsische Separatisten«: Öffentliche Vorverurteilung widerlegt!

Zur Freilassung mehrerer Angeklagter im Fall der »Sächsischen Separatisten« erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

»Es ist gut zu sehen, dass der Rechtsstaat funktioniert und die Haftbefehle, wenn auch sehr spät, aufgehoben wurden.

Der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft ist es bis heute nicht gelungen, den Vorwurf des Terrorismus zu belegen. Es ist der Staatsanwaltschaft noch nicht einmal gelungen, die Existenz einer Gruppe mit dem Namen Sächsische Separatisten wirklich stichhaltig zu beweisen. Im Gegenteil: Es spricht viel dafür, dass es diese Gruppe nie gab.

Die öffentliche Vorverurteilung der Angeklagten und auch die damit verbundenen unhaltbaren Vorwürfe in Richtung der AfD betrachte ich zum aktuellen Stand als widerlegt.

An dieser Vorverurteilung hat sich auch die sächsische Regierung in Person von CDU-Innenminister Armin Schuster beteiligt. Der Innenminister lässt Linksextremisten gewähren, während er alle Bürger rechts der Mitte als Verbrecher verunglimpft.«
https://afd-fraktion-sachsen.de/saechsische-separatisten-oeffentliche-vorverurteilung-widerlegt/

Syrischer Clan-Chef mit 3 Ehefrauen und 32 Kindern kassiert 100.000 € Kindergeld!



Der AfD-Landtagsabgeordnete André Wendt hat die Staatsregierung gefragt, welche Sozialleistungen auf welcher gesetzlichen Grundlage eine polizeibekannte syrische Großfamilie aus Leipzig erhält (8/8659). Der Clan-Chef mit drei Ehefrauen und 32 Kindern kassiert dort im großen Stil Sozialleistungen, bezahlt vom deutschen Steuerzahler. Allein für die Kinder kommen pro Jahr 100.000 Euro Kindergeld zusammen, berichtet BILD.

SPD-Sozialministerin Petra Köpping verweigerte die Beantwortung der Anfrage mit der lapidaren Antwort, dass angeblich zu viele Fragen gestellt worden wären. Offenbar ahnt sie die Brisanz des Themas, da die SPD ein Verfechter der unkontrollierten Einwanderung ins Sozialsystem ist.

Verschärfend kommt bei der syrischen Großfamilie A. hinzu, dass sie vom LKA der organisierten Kriminalität zugerechnet wird und bereits mit unzähligen Straftaten aktenkundig wurde. Ein Sohn der Familie nennt sich „King Bilal“ und fuhr ohne Führerschein vier Menschen tot. Zudem berichtet die LVZ, der Clan lebe in einer „Parallelgesellschaft, ohne jedes Integrationsbemühen“. Hier stellt sich die Frage: Wieso hat die Staatsregierung diese Kriminellen nicht längst abgeschoben? Wieso müssen wir diesen Menschen weiter üppige Sozialleistungen zahlen?
https://afd-fraktion-sachsen.de/syrischer-clan-chef-mit-3-ehefrauen-und-32-kindern-kassiert-100-000-e-kindergeld/



Geburtskliniken retten statt neue Gesprächskreise: Sachsen braucht eine familienfreundliche Politik!

In Sachsen hat nach der Wende jede dritte Geburtsstation geschlossen. Nun will die Staatsregierung eine Expertenkommission gründen, die eine neue Strategie erarbeiten soll, wie die Versorgung weiter gesichert werden könnte. Unter anderem soll der Rettungsdienst darauf vorbereitet werden, mehr Notgeburten im Rettungswagen zu begleiten.

Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Katja Dietz:

„Die Geburten in Sachsen sind massiv eingebrochen. Ein Grund dafür ist der immer längere Weg zur nächsten Entbindungsstation für

werdende Mütter. Deshalb fordert die AfD bereits seit zehn Jahren eine Erreichbarkeitsgarantie in ländlichen Regionen (6/11423). Natürlich müssen Familien noch mit weiteren Maßnahmen unterstützt werden.

Unsere Anträge dazu sind immer abgelehnt worden und es ging viel Zeit verloren. Es ist gut, dass die Regierung das Problem nun endlich wahrnimmt. Allerdings kommt sie nicht ins Handeln, sondern verliert weitere Zeit mit Gesprächsrunden.

Den Ansatz, Rettungssanitäter als Geburtshelfer weiterzubilden, finde ich ein gesundheitspolitisches Armutszeugnis. Sparmaßnahmen dürfen nicht auf dem Rücken der Neugeborenen ausgetragen werden. Die Krankenhäuser müssen endlich mit ausreichend Personal und Zuschüssen für Investitionen ausgestattet werden, um nach der neuen Krankenhausreform weiter eine Entbindungsstation anbieten zu können.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/geburtskliniken-retten-statt-neue-gespraechskreise-sachsen-braucht-eine-familienfreundliche-politik/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.10.2026

Wir ziehen zum Wohle des Landes gemeinsam an einem Strang!



Am 30. Oktober trafen sich die Bundes- und Landtagsabgeordneten der sächsischen AfD zu einem Arbeitstreffen. Im Landtag wurde darüber gesprochen, was in Dresden und Berlin zu tun ist, um unsere Heimat wieder voranzubringen.

Die AfD erfährt im Bund und in Sachsen derzeit einen überwältigenden Zuspruch. Wir sind in Umfragen klar stärkste Kraft. Aus diesem Vertrauensvorschuss der Bürger ergibt sich quasi von selbst unser großes Ziel: Spätestens 2029 wollen wir regieren – am besten mit absoluter Mehrheit!
https://afd-fraktion-sachsen.de/wir-ziehen-zum-wohle-des-landes-gemeinsam-an-einem-strang/



AfD wird BSW-Friedensantrag zustimmen! Russland-Sanktionen beenden!

In Sachsen-Anhalt haben AfD und BSW eine gemeinsame Friedensinitiative erfolgreich durch das Parlament gebracht. Der dortige Landtag fordert die Regierung dazu auf, sich für Friedensgespräche einzusetzen und die selbstschädigenden Russland-Sanktionen sofort aufzuheben.

Einen fast deckungsgleichen Antrag (Drs. 8/8744) gibt es nun auch in Sachsen. Eingebracht wird er vom BSW. Die AfD-Fraktion wird dem Friedensantrag, der am 4. November abgestimmt wird,

zustimmen. Sollten die angeblich pazifistischen Linken ebenfalls zustimmen, würde es eine Mehrheit auch in Sachsen geben.

Die AfD-Fraktion stimmt guten Anträgen im Gegensatz zu den Brandmauer-Parteien grundsätzlich zu. Wenn es um den Frieden und das Ende des Sterbens in der Ukraine geht, darf es keine parteipolitischen Sandkastenspiele geben!

Das ist auch im Interesse Deutschlands. Unsere Bürger und unsere Wirtschaft brauchen günstige Energie-Lieferungen aus Russland dringender denn je!
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-wird-bsw-friedensantrag-zustimmen-russland-sanktionen-beenden/

Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
https://www.afd.de/presse/

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
https://afdbundestag.de/presse/

Positionspapier „So retten wir Deutschland“
Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen.
Link: https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Links demonstriert gegen die Folgen linker Politik
Für morgen sind für 34 deutsche Großstädte Demonstrationen geplant. Die Organisation „Generation Z regelt“ will mit Kooperationspartnern und vornehmlich jungen Menschen „für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und ein bezahlbares Leben“ demonstrieren.

Alice Weidel, Bundessprecherin der Alternative für Deutschland:

„Die angekündigten Demonstrationen zeigen, wie gefährlich die linke Ideologie für Deutschland ist und welche Folgen sie mittlerweile hat. Denn das, wogegen nun von Links mobil gemacht wird, sind vor allem die Folgen linker Politik:

Die unkontrollierte Migration in unser Land und in unsere Sozialsysteme hat das Bildungs- und das Sozialsystem sowie den Immobilienmarkt heillos überfordert. Die Klimaideologie und die Abkehr von günstigen Energiequellen hat das Leben in Deutschland massiv verteuert – während der messbare Effekt für den Klimaschutz ausbleibt.

Gleichzeitig besteht auch morgen die reale Gefahr, dass die Demonstrationen wie in Frankreich von gewaltbereiten Menschen aus dem linksextremen und islamistischen Milieu gekapert werden.

Natürlich befürworten wir als AfD jede Form des politischen Engagements und das Demonstrationsrecht ist unbedingt schützenswert. Gleichwohl glauben wir: Was Deutschland statt linker Demos gegen linke Politik momentan wirklich braucht, ist eine Bundesregierung, die endlich wieder Politik für die eigenen Bürger macht.“
https://www.facebook.com/photo?fbid=1644834157012226&set=a.797289411766709

Die Doppelmoral des Altbundespräsidenten
Altbundespräsident Joachim Gauck misst bei demokratischen Wahlergebnissen mit zweierlei Maß und offenbart die eklatante Doppelmoral des politischen Establishments. In der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ sprach sich der frühere Bundespräsident dafür aus, die Bildung einer rot-grün-roten Landesregierung in Berlin zu akzeptieren, weil das Wählervotum die Richtung vorgebe. Selbst Bedenken wegen antisemitischer Tendenzen bei den Linken wischt er beiseite und fordert, man müsse die Partei einfach regieren lassen.



Dieselbe demokratische Grundhaltung verweigert Gauck den Bürgern im Osten unseres Landes. Während er den linken Parteien

in Berlin den Weg zur Macht ebnen will, spricht er 44 Prozent der Wähler der AfD in Sachsen-Anhalt das Recht ab, eine gewählte Landesregierung zu stellen. Dieser unerträgliche Doppelstandard stempelt Millionen Wähler zu Bürgern zweiter Klasse.

Wir als AfD fordern ein Ende dieser beispiellosen Scheinheiligkeit in den Medien und Altparteien. Die AfD steht konsequent für die uneingeschränkte Achtung des Bürgerwillens, Demokratie gilt für alle Wähler gleichermaßen und nicht nur dort, wo linke Bündnisse davon profitieren.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1644728633689445&set=a.797289411766709



25.000 Euro für Grönemeyer

Die CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen verleiht dem Sänger Herbert Grönemeyer den Kunstpreis des Landes und stattet diesen mit 25.000 Euro Preisgeld aus. Offiziell soll die Auszeichnung seine Musik sowie sein gesellschaftliches Engagement würdigen. In Wahrheit erinnert dieses Vorgehen stark an die Endzeit der DDR, als sich Funktionäre gegenseitig Orden für den Kampf gegen politische Gegner umgehängt haben.

Während die Bürger unter steigenden Abgaben und maroder Infrastruktur leiden, fließen staatliche Gelder an prominente Gesinnungsfreunde. Der geehrte Musiker fiel in den letzten Jahren immer wieder durch scharfe Attacken gegen die Opposition auf. Dass ausgerechnet ein CDU-Ministerpräsident diese Prämie auszahlt, zeigt das gestörte Verhältnis der etablierten Parteien zur staatlichen Neutralität und zur fairen demokratischen Auseinandersetzung.

Wir als AfD fordern ein sofortiges Ende dieser Vergabe von Steuergeldern an politische Gefälligkeitskunst. Staatliche Auszeichnungen müssen strikt frei von weltanschaulichen Vorgaben bleiben und dürfen nicht als Instrument gegen Andersdenkende missbraucht werden. Steuergelder gehören in die Sanierung unserer Schulen, Straßen und Krankenhäuser, statt damit prominente Wahlkampfhelfer der Altparteien zu belohnen.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1643882893774019&set=a.797289411766709

Über 14.000 Abschiebungen gescheitert

Allein im ersten Halbjahr sind über 14.000 geplante Abschiebungen gescheitert, weil Ausreisepflichtige nicht an die Bundespolizei übergeben oder Rückführungen von den Ländern storniert wurden. Dahinter steckt kein organisatorisches Versehen, sondern das kalkulierte Unvermögen einer Politik, die den eigenen Rechtsstaat nicht mehr durchsetzen will. Wer die Augen vor den Ursachen gescheiterter Rückführungen verschließt, nimmt den Kontrollverlust bewusst in Kauf und bürdet den Bürgern die enormen Folgekosten auf. Die Bundesregierung weicht der Durchsetzung geltenden Rechts systematisch aus, weil der politische Wille für konsequente Abschiebungen schlichtweg fehlt.



Die AfD fordert Schluss mit dieser Arbeitsverweigerung und den ständigen Ausreden bei der Migration. Wer rechtskräftig ausreisepflichtig ist, muss unser Land ohne Verzögerung verlassen. Wir als Alternative für Deutschland setzen uns für eine echte Rückführungsoffensive ein, die rechtliche Schlupflöcher schließt und Recht sowie Gesetz in unserem Land endlich wieder vollumfänglich durchsetzt.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1643726080456367&set=a.797289411766709



Skandal in Sachsen-Anhalt
Um den eigenen Machtverlust zu verhindern, greift die CDU in Sachsen-Anhalt inzwischen zu Methoden, die an Praktiken in der DDR-Volkskammer erinnern. Nach aktuellen Medienberichten verlangte CDU-Fraktionschef Sven Schulze von den Abgeordneten seiner Fraktion eine eidesstattliche Versicherung über ihr persönliches Wahlverhalten. Die Parlamentarier sollten schriftlich garantieren, dass sie bei der geheimen Abstimmung nicht für den AfD-Politiker Tobias Rausch als Landtagspräsident gestimmt haben, andernfalls drohe ihnen der sofortige Verlust ihres Mandats.

Dieser Vorstoß stellt einen beispiellosen Angriff auf das verfassungsmäßig garantierte freie Mandat dar und erschüttert die Grundfesten unserer Ordnung. Wer gewählte Volksvertreter mit Nötigung und systematischem Kontrollzwang unter Druck setzt, tritt demokratische Spielregeln mit Füßen, nur um die eigene Macht zu sichern. Dass Abgeordnete der Union dieses Vorgehen intern bereits mit den Methoden der einstigen DDR-Volkskammer vergleichen, spricht eine deutliche Sprache.

Geheime Abstimmungen schützen die Unabhängigkeit aller Mandatsträger und dürfen von keiner Parteispitze untergraben werden. Die AfD steht für den Erhalt des Rechtsstaats und die uneingeschränkte Achtung parlamentarischer Grundsätze. Wir fordern die konsequente Einhaltung aller verfassungsmäßigen Regeln im Parlament.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1642750573887251&set=a.797289411766709

Clan-Krieg in der Heimat austragen
In Neustadt am Rübenberge wird die Straße zum Schauplatz ausländischer Bandenkriege, während ahnungslose Bürger nur knapp einer Katastrophe entgehen. Ein Auto raste gezielt in eine Menschengruppe und verletzte bis zu fünf Personen teils schwer, woraufhin Beamte sogar Schüsse abfeuern mussten, um den Wagen zu stoppen. Dass mitten in Deutschland schwere Waffen und Spezialeinsatzkräfte ausrücken müssen, weil mutmaßlich rivalisierende Täter ihre Streitigkeiten rücksichtslos im öffentlichen Raum austragen, ist ein unhaltbarer Zustand.



Wenn Kriminelle unsere Straßen für ihre Fehden missbrauchen, ist das die direkte Folge einer gescheiterten Migrationspolitik, die

Gefahren importiert, statt die eigene Bevölkerung zu schützen. Innenminister Dobrindt (CSU) und die Bundesregierung schauen tatenlos zu, wie Subkulturen den Rechtsstaat verhöhnen und unbeteiligte Passanten in Lebensgefahr bringen. Wer denkt, er könne Konflikte aus seinem Herkunftsland mit Gewalt auf deutschen Straßen austragen, hat jedes Gastrecht verwirkt und gehört ohne Umwege außer Landes gebracht.

Wir als AfD fordern die sofortige Wiederherstellung der inneren Sicherheit und eine rigorose Remigrationspolitik für ausländische Straftäter. Wer die Sicherheit unserer Bürger gefährdet, muss umgehend abgeschoben werden, anstatt deutsche Wohnviertel in Schauplätze krimineller Auseinandersetzungen zu verwandeln. Es braucht jetzt einen konsequenten Rechtsstaat, der durchgreift und unsere Grenzen wirksam schützt.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1642106167285025&set=a.797289411766709



Verlässliche Verkehrswege für Bürger und Wirtschaft
Deutschlands teuerste Ortsumgehung ist gebaut und trotzdem fährt kein einziges Auto darauf. Wegen schwerer Baumängel an der Gottleubatalbrücke ist die Umfahrung von Pirna nicht für den Verkehr freigegeben. 2017 sollte sie knapp 97 Millionen Euro kosten. Heute sind es 288 Millionen, fast das Dreifache, wie eine Anfrage unserer Bundestagsfraktion gezeigt hat. Die Eröffnung ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Am meisten leiden Sachsens Autofahrer und die Anwohner von Pirna.

Infrastruktur zu erhalten und verbessern, ist eine staatliche Kernaufgabe. Die gescheiterte Ortsumfahrung von Pirna offenbart strukturelle Probleme in der Bauplanung und Auftragsvergabe auf Bundesebene. Die Kosten explodieren, und niemand übernimmt Verantwortung. Baumängel werden mittlerweile als Normalität angenommen. Die Bürger zahlen Rekordsteuern und bekommen dafür Baustellen ohne Ende. Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Der Bau und die Instandhaltung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Dafür brauchen wir eine realistische und verbindliche Kosten- und Terminplanung, eine konsequente Bauüberwachung und eine transparente Auftragsvergabe. Baumängel müssen frühzeitig erkannt, Kostensteigerungen begrenzt und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Nur so entstehen solide und verlässliche Verkehrswege für Bürger und Wirtschaft!
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1695991775427038&set=a.814611243565100

Ausländerwahlrecht in Berlin verhindern



Linke, SPD und Grüne greifen in Berlin nach den Grundregeln unserer Demokratie und wollen das Wahlrecht massiv verändern. Nach den Plänen der drei Parteien sollen künftig auch Ausländer bereits nach fünf Jahren Aufenthalt an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus teilnehmen dürfen. Eine Berechnung von Apollo News verdeutlicht die gewaltigen Ausmaße dieses Vorhabens: Bis zur Wahl 2031 könnten auf einen Schlag fast eine Million zusätzliche Menschen wahlberechtigt werden – das entspräche einem Zuwachs der bisherigen Wählerschaft um mehr als ein Drittel.

Wer die Staatsangehörigkeit vom Wahlrecht entkoppelt, entwertet den deutschen Pass und hebelt das Prinzip der demokratischen Legitimation aus. Statt die gescheiterte Migrationspolitik zu korrigieren und bestehendes Recht durchzusetzen, wollen sich die Verantwortlichen in der Hauptstadt schlicht ein neues Wahlvolk schaffen. Es geht Rot-Grün-Rot offensichtlich nicht um gelungene Integration oder die Stärkung des Gemeinwesens, sondern um den dauerhaften Erhalt eigener Machtoptionen auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.

Das Wahlrecht auf Landesebene muss zwingend an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden bleiben. Als AfD lehnen wir die Pläne von Linken, SPD und Grünen strikt ab und fordern eine Rückkehr zu einer verantwortungsvollen Politik, die das Staatsbürgerrecht achtet, statt die demokratische Mitbestimmung zu verschenken.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1641762117319430&set=a.797289411766709



Täter bestrafen, statt absurde Verhaltenstipps

„Dieser Ratschlag der Bremer Polizei ist ein Hohn für die Opfer. Als ob man sich mal einfach so bei einer Vergewaltigung mit dem Finger im Hals gegen Vergewaltiger wehren könne. Genau dasselbe Muster kennen wir von Henriette Rekers ‚Armlänge Abstand' nach den massenhaften sexuellen Übergriffen der Kölner Silvesternacht. Statt die Täter zu benennen und hart zu verfolgen, werden den Opfern absurde Verhaltenstipps erteilt.
Diese Seminare laufen seit über zehn Jahren – unter SPD-Führung. Die SPD und weite Teile der Union verweigern sich seit Jahren der Realität: Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2025 sind nichtdeutsche Tatverdächtige bei schweren Sexualdelikten massiv überrepräsentiert. Bei Vergewaltigungen und besonders schweren sexuellen Übergriffen liegt ihr Anteil bei 38,5 Prozent – bei einem Bevölkerungsanteil von rund 15 Prozent. In Bremen liegt der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei schweren Sexualdelikten in den letzten Jahren ebenfalls bei etwa 40 bis 48 Prozent. Das wird systematisch verschleiert; im Deutschen Bundestag setzt sich nur die AfD-Fraktion konsequent für diesbezügliche Aufklärung ein.
Für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist klar: Frauen und Mädchen in Deutschland schützt man mit harten Mindeststrafen, der konsequenten Abschiebung aller ausländischen Sexualstraftäter, der offenen Benennung der Herkunft der Täter in Polizeimeldungen und dem

sofortigen Stopp der Massenmigration."
Birgit Bessin, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zur wirren Empfehlung der Bremer Polizei.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1678940863595104&set=a.818190173003515



31. Oktober: Bürgerkrieg mit Ansage
Gewaltausbrüche in Deutschland kündigen sich längst an, während europäische Städte bereits unter migrantischen und linksextremen Ausschreitungen und Plünderungen ächzen. Für den 31. Oktober rufen Gruppen wie „GenZ steht auf" auch in 23 deutschen Städten zu Protesten auf. Und die gleichen Politiker, die diese Zustände über Jahre verharmlost und entsprechende Vereinigungen über "Demokratie leben" mindestens indirekt fördern, warnen jetzt vor den Folgen.

Dass Teile der Bundesregierung vor Krawallen warnen, reicht als Schutz für die Bürger nicht aus. Wer Gewalt gegen Polizeibeamte und Angriffe auf öffentliche Einrichtungen duldet oder verharmlost, gefährdet den inneren Frieden unseres Landes. Wenn Gewalttäter und kriminelle Migranten Demonstrationen als Deckmantel für Straftaten nutzen, müssen der Rechtsstaat und Innenminister Dobrindt (CSU) vorausschauend durchgreifen, anstatt das Geschehen im Nachhinein nur zu bedauern.

Wir als AfD fordern eine konsequente Null-Toleranz-Politik gegen verfassungsfeindliche Extremisten und Kriminelle. Alle Straftäter müssen mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden, und straffällig gewordene Migranten gehören ohne Umwege sofort abgeschoben.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1640915390737436&set=a.797289411766709

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

AfD-Politiker wegen dieses Plakats jetzt rechtskräftig vorbestraft
https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/afd-politiker-wegen-dieses-plakats-jetzt-rechtskraeftig-vorbestraft/

„Die Revolution frisst ihre Kinder": AfD attackiert Eralp nach Interview-Enthüllung
https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/die-revolution-frisst-ihre-kinder-afd-attackiert-eralp-nach-interview-enthuellung/

Gauck: Rot-Grün-Rot in Berlin durch Wählervotum vorgegeben
https://www.welt.de/regionales/berlin/article6ae4490ae6383048f41d3a0a/gauck-rot-gruen-rot-in-berlin-durch-waehlervotum-vorgegeben.html

SPD-Abgeordnete verlangt: Merz soll CDU-Fraktion persönlich von Siegmund-Wahl abhalten
https://apollo-news.net/spd-abgeordnete-verlangt-merz-soll-cdu-fraktion-persnlich-von-siegmund-wahl-abhalten/

Schwerer Vorwurf gegen Sven Schulze: CDU-Abgeordnete sollten eidesstattliche Versicherung unterschreiben
https://nius.de/politik/cdu-abgeordnete-werfen-sven-schulze-noetigung-vor

Wegen dieses Siegmund-Videos verlässt CSU-Stadtrat seinen Ortsverband
https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/wegen-diesem-siegmund-video-verlaesst-csu-stadtrat-seinen-ortsverband/

AfD und BSW wollen neuen Medienstaatsvertrag kippen
https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2026/afd-und-bsw-wollen-neuen-medienstaatsvertrag-kippen/

Trump will Orban zum UNO-Chef machen
https://www.oe24.at/a/trump-will-orban-zum-uno-chef-machen-900127411

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV
https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos

Wochenendpodcast der AfD
https://afdkompakt.de/podcast/

AfD im EU-Parlament
https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen
https://auf1.tv/

Radio Klartext
https://www.youtube.com/@radioklartext

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft
https://kontrafunk.radio/de/

NIUS – Die Stimme der Mehrheit
https://nius.de/

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung
https://ostdeutscheallgemeine.com/

Deutschland-Kurier
https://deutschlandkurier.de/

Apollo News
https://apollo-news.net/

{ungeskriptet} by Ben
https://www.youtube.com/@ben_ungeskriptet

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen
www.afdbautzen.de/
www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB
www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL
www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL
www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL
www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53
www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz
instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen
www.facebook.com/AfDstadtbautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda
www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz
www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde
www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda
www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz
www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg
www.facebook.com/groups/465255757689215/

Regionalgruppen im KV Bautzen



Regionalgruppenleiter:

WK 52: Frank Peschel
WK 53: Thorben Kreische
WK 54: Timo Schreyer
WK 55: Jonas Pietschmann
WK 56: Nicole Tietze

Stand: 16. Oktober 2026

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

***

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de

Alternative für Deutschland
AfD-Kreisverband Bautzen